

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 28. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 10.06.2008 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 10.06.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2007 aus öffentlicher Sitzung
9. Einzelhandelsuntersuchung zur Definition der Zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zur Erarbeitung einer "Übach-Palenberger Liste"
3. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Übach-Palenberg
4. Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement zum 01.01.2009
 - a) Vorstellung und Erklärung des NKF-Haushaltes auf Basis der Zahlen des Haushaltsjahres 2008
 - b) Festlegung von Wertgrenzen für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen
5. Umbau des Knotens Jülicher Straße / Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrplatz einschl. verkehrsberuhigender Parkmaßnahmen
hier: Vorstellung der Planung / Zuschussantrag
6. Geschäftszentrum Palenberg
 - a.) Antrag der Aktionsgemeinschaft Palenberg e.V. vom 09.04.2008
 - b.) Situation im unteren Bereich der Aachener Straße
7. Bewerbung der Stadt Übach-Palenberg für den Standort einer neuen Fachhochschule des Landes NRW
8. Verlängerung der L 240n südlich von Boscheln
10. Gemeindegebietsänderung im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens Boscheln

- 11. Antrag des Sozialverband VdK OV Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine der Stadt Übach-Palenberg
- 12. Änderung des Stelleplanes 2008
 - 12.1. Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 405
 - 12.2. Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 571
- 13. Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 14.02.2008 betr. Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz
(verträgt aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008)
- 14. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 14.1. Vorberatung zum Thema Wohnmobilstellplatz
- 15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfrage
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
 - 16. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 18.1. Angebot der NVV an die KWH über die Anpachtung der Energiesparte bei der west
 - 20. Klageerhebung in einem Rechtsstreitverfahren
 - 17. Grundstücksangelegenheiten
 - 17.1. Erwerb des Grundstücks Flur 17 Nr. 200, groß 365 qm
 - 17.2. Erwerb einer Teilfläche aus dem Grundstück Flur 72 Nr. 52
 - 17.3. Erwerb verschiedener Ackerparzellen im Stadtteil Boscheln
 - 17.4. Veräußerung eines Gewerbegrundstücks
 - 17.5. Grundstücksangelegenheit Hotel Ernst
 - 18. Vertragsangelegenheiten
 - 18.2. Pacht- und Bewirtschaftungsvertrag Naherholungsgebiet Wurmatal
 - 19. Vergabeangelegenheit
 - 19.1. Beschaffung von zwei Dienstwagen für das Ordnungsamt
 - 21. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 21.1.** Grundstücksangelegenheit Kirchberg
 - 22.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 22.1.** Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 405 - Begründung
 - 22.2.** Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 571 - Begründung
- Anfrage

ANWESENHEIT

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(als Vertreterin für Josef Krawanja; bis Ende TOP 15; 19:45 Uhr)
Herr Herbert Fibus	SPD	(als pers. Vertreter für Karin Fürkötter)
Herr Josef Fröschen	CDU	(als pers. Vertreter für Herbert Konrads)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll	
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski	(bis Ende TOP 23, 20:55 Uhr)
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter	
Herr Kämmerer Bernd Schmitz	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen	
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen	
Herr Stadtamtmann Michael Wirth	
Herr Stadtoberinspektor Björn Beeck	(bis Ende TOP 15; 19:47 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Gäste

Herr Dr. Rainer Kummer	Fa. Futura consult (zu TOP 9; 17:10 - 17:51 Uhr)
------------------------	---

Herr Franz-Josef Küppers

Herr Oliver Walther

Fa. west Energie und Verkehr
(zu TOP 18.1; 20:02 - 20:12 Uhr)
Rechtsanwalt
(zu TOP 20; 20:12 - 20:20 Uhr)

Abwesende

Herr Manfred J. Offermanns FDP

(beratendes Mitglied)

Herr Rainer Reißmayer B'90/Die Grünen

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Verwaltungskollegen, die Zuschauer und den Vertreter der Presse. Er erklärte, dass den Ausschussmitgliedern eine fristgerechte Erweiterung zur Tagesordnung betreffend TOP 21.1 „Grundstücksangelegenheit Kirchberg“ zugegangen sei. Weiterhin teilte er mit, dass sich sowohl der Stadtverordnete Reißmayer als auch sein Vertreter, der Stadtverordnete Utecht, aus beruflichen Gründen für die heutige Sitzung entschuldigt hätten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll regte an, einige Tagesordnungspunkte in der Behandlung nach vorne zu ziehen, da man hierzu Gäste eingeladen habe und diese nicht unnötig warten lassen wolle.

Beschluss:

Der TOP

9 Einzelhandelsuntersuchung zu der Finanzierung der zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zu Erarbeitung einer Übach-Palengerger Liste,

wird hinter TOP 2 aufgerufen und beraten. Weiterhin werden der TOP

18.1 Angebot der NVV an die KWH über die Anpachtung der Energiesparte bei der West

und der TOP

20. Klageerhebung in einem Rechtstreitverfahren
hinter TOP 16 aufgerufen und beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass in der kommenden Ratssitzung in Zusammenhang mit dem EuRegionale 2008-Projekt Klangbrücke am Dohmenpark auch der Standort eines Wohnmobilstellplatzes besprochen werden solle. Er bitte darum, dass schon heute in der Haupt- und Finanzausschusssitzung zumindest dieser Teilbereich vorberaten werde, da man ansonsten in der kommenden Ratssitzung dieses Thema nicht abschließend behandeln könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Erweiterung der Tagesordnung grundsätzlich dem Zustimmungsvorbehalt des Ausschusses obliege und er deshalb diesen Punkt als Erweiterung zur Tagesordnung zur Abstimmung stelle.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:

21.2 Vorberatung zum Thema Wohnmobilstellplatz

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2007 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2007 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

9 Einzelhandelsuntersuchung zur Definition der Zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zur Erarbeitung einer "Übach-Palenberger Liste"

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten die von Herrn Dr. Kummer ausgearbeitete Einzelhandelsuntersuchung als Anlage zur Sitzungsvorlage zugegangen sei. Man habe Herrn Dr. Kummer gebeten in der heutigen Sitzung seine Untersuchung auch noch persönlich vorzustellen und begrüßte ihn zur heutigen Haupt- und Finanzausschusssitzung.

Dr. Kummer erklärte, dass er die ausführliche Untersuchung anhand einer PowerPoint-Präsentation vorstellen wolle und für Rückfragen gerne zur Verfügung stehe.

Dr. Kummer gab einen Überblick über die Ziele der Untersuchung sowie die darin festgelegten räumlichen Definitionen und Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche im Stadtgebiet Übach-Palenberg. Weiterhin stellte er die Definitionen der Übach-Palenberger Liste vor.

Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dass heute noch keine Beschlussempfehlung zu diesem Thema getroffen werde, sondern die abschließende Beratung und Beschlussfassung dem Rat in der nächsten Woche überlassen bleiben solle. Man wolle innerhalb der Fraktion die Thematik noch einmal besprechen und die heute gewonnenen Erkenntnisse abstimmen.

Auch von den anderen Fraktionen ergab sich hiergegen kein Widerspruch.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion für die Alternative 4 ausspreche.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Kämmerer **Schmitz**, dass die höchsten Mindereinnahmen aufgrund der Rückwirkung der zu beschließenden Satzung bei Alternative 1 zu sehen seien. Dies ergebe sich dadurch, dass hierbei nur ein Wert von 10 v. H. des Einspielergebnisses für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten festgesetzt sei.

Auf weitere Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Kämmerer **Schmitz**, dass die zu erwartenden Mindereinnahmen insofern zu berechnen seien, als dass jedes Prozent zur Festsetzung der Gebühr in Zusammenhang mit dem Einspielergebnisses mit ungefähr 10.000 Euro zu Buche schlage.

Zu Alternative 4 merkte er an, dass hierbei die geringsten Mindereinnahmen zu erwarten seien, jedoch eine gerichtliche Überprüfung am ehesten zu erwarten sei. Ein Urteil bei Überprüfung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Duisburg habe bestätigt, dass ein Hebesatz von 13 v. H. zulässig sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** stellte fest, dass gemäß § 7a eine Besteuerung bei Geräten mit fehlenden Nachweismöglichkeiten weiterhin über Pauschbeträge vorgenommen werden solle. Er frage sich, ob dies sinnvoll sei, da die Spielhallenbetreiber aufgrund dieser Regelung kein Interesse daran hätten, ihre Geräte umzustellen.

Kämmerer **Schmitz** erläuterte, dass diese Empfehlung vom Städte- und Gemeindebund aufgrund der bestehenden Sachlage gegeben worden sei. Die Kommune sei darüber hinaus auch nicht in der Lage die Spielhallenbetreiber zur Aufstellung von Geräten mit elektronischen Zählmechanismen zu verpflichten. Aus diesem Grunde sei es sinnvoll, die alten Geräte weiterhin über Pauschalen abzurechnen.

Stadtverordneter **Gerschel** erklärte, dass gerade von Seiten der Aufsteller ein Interesse daran bestehe, aufgrund von Einspielergebnissen abzurechnen. Er wisse von verschiedenen Klagen, in denen die Aufsteller sich über die Höhe der Pauschalen beschwert hätten. Ihr Bestreben sei eine einspielergebnisorientierte Abrechnung und würde mit Sicherheit auch bei Vorliegen einer entsprechenden Vergnügungssteuerregelung genutzt werden.

Stadtverordneter **Gudduschat** sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Alternative 2 aus.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Weißborn, warum die Alternative 4 in die Sitzungsvorlage aufgenommen sei, erklärte Kämmerer **Schmitz**, dass die Stadt Wassenberg eine auf 15 v. H. festgelegte Besteuerung auf die Einspielergebnisse festgelegt habe. Hierbei müsse jedoch beachtet werden, dass die Stadt Wassenberg seiner Kenntnis nach nicht über eine Spielhalle verfüge und demnach diese Regelung dort auch unproblematisch sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass es durchaus Sinn mache diese Angelegenheit erst in der kommenden Ratssitzung abschließend zu beraten und zu beschließen. Er bat Kämmerer Schmitz die noch offenen Fragen, insbesondere zur Alternative 4 zu klären.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 4 Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement zum 01.01.2009**
- a) Vorstellung und Erklärung des NKF-Haushaltes auf Basis der Zahlen des Haushaltsjahres 2008**
- b) Festlegung von Wertgrenzen für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen**
-

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat Herrn Stadtoberinspektor Beeck um Vorstellung und Erläuterung der Sitzungsvorlage und der Vorbereitung zur Einführung des NKF.

Stadtoberinspektor **Beeck** erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation die die Struktur und Darstellung eines NKF-Haushaltes und erläuterte die Zusammenhänge zur Festlegung von Wertgrenzen für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen.

Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, inwieweit die Festlegung der Wertgrenzen auch die Zuständigkeit zur Entscheidung über investive Maßnahmen von Rat, Ausschüssen und Bürgermeister betreffen.

Stadtoberinspektor **Beeck** erläuterte, dass dies lediglich auf die Darstellung der investiven Maßnahmen im Haushaltsplan Auswirkungen habe. Eine Änderung der Zuständigkeiten von Rat, Ausschüssen und Bürgermeister sei hiervon nicht betroffen.

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen der Einführung des NKF setzt der Rat der Stadt Übach-Palenberg

die Wertgrenzen für Investitionen, die als Einzelmaßnahmen im NKF-Haushalt ab dem 01.01.2009 ausgewiesen werden, wie folgt fest:
- für investive Einzelmaßnahmen 25.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 5 **Umbau des Knotens Jülicher Straße / Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz einschl. verkehrsberuhigender Parkmaßnahmen**
hier: Vorstellung der Planung / Zuschussantrag
-

Auf Anregung des Stadtverordneten **Weißborn** erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass neben den Mitgliedern des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses auch den übrigen Ratsmitgliedern das Verkehrskonzept Jülicher Straße/Baesweiler Weg zur Verfügung gestellt werde.

Beschlussempfehlung:

1. **Auf der Grundlage der vorgestellten Planung (Kreisverkehrsplatz und angrenzende Parkmaßnahmen) ist ein Förderantrag zu erarbeiten. Dieser ist anschließend der Bezirksregierung zuzuleiten.**
2. **Im Rahmen einer Einwohnerversammlung wird die Planung frühzeitig der Bürgerschaft vorgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 6 **Geschäftszentrum Palenberg**
a.) Antrag der Aktionsgemeinschaft Palenberg e.V. vom 09.04.2008
b.) Situation im unteren Bereich der Aachener Straße
-

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass er am heutigen Tage mit dem Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Palenberg, Herrn Latour, telefoniert habe. Entgegen der am 8.5.2008 einvernehmlich abgesprochenen Einbahnstraßenregelung für den Teilbereich der Aachener Straße sehe man Probleme an den Samstagen, wo dort der Wochenmarkt stattfindet.

Insbesondere während der Marktzeiten von 8.00 bis 14.00 Uhr, da dann die Frankenstraße durch die Marktbeschicker blockiert sei. Es gebe drei Möglichkeiten hier tätig zu werden.

1. Während der Marktzeiten am Samstagvormittag müsse die Verkehrsführung von der Alten Poststraße auf den Mühlenhofparkplatz umgeleitet werden. Dort bestehe die Möglichkeit zu Parken oder die Aus- bzw. Durchfahrt zur Kirchstraße oder Aachener Straße zu benutzen.

2. An den Markttagen am Samstagvormittag bleibt das Teilstück der Aachener Straße in Richtung Frankenstraße und Einfahrt zum Mühlenhof auch für Gegenverkehr von der Frankenstraße hin offen.
3. Drehen der Einbahnstraßenregelung in Richtung Kirchstraße/Kapellenstraße. Hierdurch werde die Zufahrtsproblematik auch an den Markttagen nicht tangiert.

Die Verwaltung halte den zweiten Vorschlag für gar nicht praktikabel. Eine sehr bescheidene Möglichkeit sei der Vorschlag 1. Jedoch sehe man den sinnvollsten Lösungsvorschlag im Drehen der Einbahnstraßenregelung. Innerhalb der Kaufmannschaft werde dieses Thema z.Zt. diskutiert, da offensichtlich beim ersten Gesprächstermin die Problematik der Markttage nicht ausreichend bedacht worden sei. Er bitte in diesem Zusammenhang die Verwaltungsvorlage zur Einbahnstraßenregelung noch nicht abschließend zu behandeln und erst die Besprechung der Kaufmannschaft sowie die Absprache mit den Marktbesckickern am kommenden Samstag abzuwarten und erst in der kommenden Ratssitzung über die Thematik zu entscheiden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er den Vorschlag 1 für durchaus sinnvoll halte. Er habe ebenfalls mit Herrn Latour die Angelegenheit besprochen und sich auch vor Ort die Situation angesehen. Er sehe durchaus Potential darin, die größere Fläche im Bereich der Frankenstraße und auf der gegenüber liegenden Seite, die jetzt abgepollert sei, für die Marktbesckicker zur Verfügung zu stellen, um somit die Durchfahrt über die Frankenstraße auch an Markttagen zu gewährleisten. Grundsätzlich verwies er darauf, dass bei allen berechtigten Interessen der Kaufmannschaft und der Marktbesckicker der Rat für die Entscheidung der Verkehrsführung zuständig sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** verwies darauf, dass schon jetzt an den Markttagen verschiedene Stände im Bereich der abgepollerten Flächen aufgestellt würden. Er bezweifle, dass hier ausreichender Ausgleichsraum zur Verfügung stehe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass eine Verschiebung der Marktstände in das hier in Rede stehende Teilstück der Aachener Straße aus Sicht der Verwaltung erstrebenswert sei. Er weise jedoch darauf hin, dass von einigen Geschäftsleuten dies abgelehnt werde. Dies müsse man bedenken, wenn man die Akzeptanz der vorgesehenen Maßnahme betrachten wolle.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 **Bewerbung der Stadt Übach-Palenberg für den Standort einer neuen Fachhochschule des Landes NRW**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten vor Beginn der Sitzung eine geänderte Beschlussempfehlung ausgeteilt worden sei. Er erläuterte, dass vor drei Wochen das Land Nordrhein-Westfalen sein Ausbauprogramm für die Fachhochschulen beschlossen habe. Bis zu 10.000 zusätzliche Studienplätze sollen über dieses Programm an verschiedenen Fachhochschulstandorten geschaffen werden. Mit dem Gebäude des Carolus-Magnus-Centrums sowie dem näheren Umfeld sehe man hervorragende Möglichkeiten zur Etablierung eines Hochschulstandortes in Übach-Palenberg. Insbesondere im Längsbau des CMC seien genügend Flächen für die Fachhochschule zu schaffen. Der ehemalige Theatersaal sowie die Räume in Angrenzung zur Lohnhalle stünden für entsprechendes Entwicklungspotential offen. Auch im Außenbereich seien noch viele Flächen im Landeseigentum und würden sich für eine Ansiedlung bestens anbieten. Lediglich auf die engeren Schachtbereiche müsse mit einer Überbauung verzichtet werden, aber auch hier böten sich alternative Nutzungsmöglichkeiten an. Auch für das angrenzende Gelände der Arbeiterwohlfahrt sehe er Chancen für eine Nutzung in Zusammenhang mit dem Fachhochschulbetrieb. Selbstverständlich würden sich auch andere Städte um einen Hochschulstandort bewerben. Auch andere Städte aus dem Kreis Heinsberg seien hieran interessiert. Jedoch könne nur über einen regionalen Konsens die Ansiedlung erreicht werden. Für ihn sei auch eine Aufteilung auf unterschiedliche Standorte denkbar. Man habe mit dem Kreis Heinsberg auch schon Gespräche aufgenommen. Um jedoch auf Landesebene eine Chance erhalten zu können, sei es wichtig, eine professionelle Bewerbung zu erstellen. Bis zum 15.08.2008 sei hierzu eine Ausarbeitung beim Land vorzulegen. Er bitte den Rat schon heute eine entsprechende Entscheidung zu treffen, damit die Stadt Übach-Palenberg konkret tätig werden könne. Zum jetzigen Zeitpunkt könne selbstverständlich noch kein abschließender Kostenrahmen vorgestellt werden, er denke jedoch, dass man mit einem Betrag um die 10.000 Euro auskommen könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD im Kreis Heinsberg sich für einen Standort innerhalb des Kreises ausgesprochen habe. Auch der SPD-Stadtverband Übach-Palenberg begrüße ausdrücklich diese Initiative. Um eine professionelle Bewerbung einzureichen, halte er einen Betrag von ca. 10.000 Euro ebenfalls für sinnvoll und in Ordnung. Man sehe ebenfalls die Vorteile, die die Stadt Übach-Palenberg für einen Hochschulstandort mitbringe. Insbesondere seien die hervorragende Infrastruktur und auch die Nähe zu den Niederlanden und Belgien hervorzuheben. Die SPD-Fraktion unterstütze deshalb den Vorschlag des Bürgermeisters. Auch die Herstellung eines Konsens im Kreis Heinsberg zur Unterstützung der Bewerbung halte man für wichtig.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat**, wie ein Anforderungskatalog für mögliche Bewerber von Seiten des Landes aussehe, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie folgende Kriterien für eine zielführende Umsetzung der Initiative vorgegeben habe.

- „Den fachlichen Schwerpunkt des Ausbauvorhabens bilden die Ingenieurwissenschaften. Eine weitere fachliche Eingrenzung wird zunächst nicht vorgenommen. Soweit Anwendungsorientierung und Produktentwicklung im Vordergrund stehen,

können auch naturwissenschaftliche Studiengänge einbezogen werden.

- Die Anbindung der Studienangebote an das regionale Entwicklungspotential ist unabdingbar. Die angemessene Einbeziehung des aktuellen und des künftigen Bedarfs der regionalen Wirtschaft nach akademisch ausgebildeten Fachkräften und nach wissenschaftsbasierten Know-how ist daher für die Standortentscheidung von großer Bedeutung.
- Die duale Ingenieurausbildung (Studium und Beruf) gilt als ein wesentlicher Baustein nachhaltiger Zukunftsvorsorge zur Sicherung des Ingenieur Nachwuchses. Dem sollen die neuen Studienangebote in nennenswerten Umfang Rechnung tragen. Voraussetzung dafür ist die Verpflichtung der regionalen Wirtschaft zur Bereitstellung ausreichender Ausbildungskapazitäten, die im Einklang mit dem angestrebten Fächerspektrum in der Form dualer Studienangebote ausgebracht werden.“

Der Auswahlprozess wird durch eine Jury aus Experten von Wissenschaft und Wirtschaft maßgeblich unterstützt werden. In mehreren Durchgängen werden die einzelnen Vorschläge begutachtet und bewertet werden. Bis zum 15. August 2008 sind diese Vorschläge an das zuständige Ministerium zu richten.

Auf die Anregung des Stadtverordneten **Gudduschat**, auch die Landtagsabgeordneten des Kreises Heinsberg für die Initiative zu gewinnen, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass er dies schon begonnen habe. Hierbei habe man bereits mit den Landtagsabgeordneten der Regierungsfractionen in der vergangenen Woche Gesprächstermine gehabt und auch mit den Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Grünen seien Gespräche in den kommenden Tagen beabsichtigt.

Auch Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sie die Initiative des Bürgermeisters unterstütze.

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg bewirbt sich bei der Landesregierung mit dem Ziel, in das Fachhochschulausbauprogramm aufgenommen zu werden und einen der geplanten neuen Fachhochschulstandorte bzw. im Falle des Ausbaus der Fachhochschule Aachen einen Außenstandort derselben in Übach-Palenberg zu errichten.

Der Verwaltung werden für die Erarbeitung eines professionellen Bewerbungsvorschlages die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Verlängerung der L 240n südlich von Boscheln

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg spricht sich für die Umsetzung der optimierten Variante

- Nr.4 -, so wie durch die Umweltverträglichkeitsstudie favorisiert, aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Gemeindegebietsänderung im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens Boscheln

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen**, dass die Beteiligung der Eigentümer der betroffenen Grundstücke schon im Flurbereinigungsverfahren vorgenommen worden sei.

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg ist mit der Gemeindegebietsänderung am Blausteiner Feld zwischen der Stadt Baesweiler und der Stadt Übach-Palenberg wie in dem als Anlage beigefügten Lageplan dargestellt einverstanden (die Anlage ist Bestandteil Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Außerdem wird die Gemeindegebietsänderung zwischen der Stadt Herzogenrath und der Stadt Übach-Palenberg zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Antrag des Sozialverband VdK OV Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine der Stadt Übach-Palenberg

Beschlussempfehlung:

Der Aufnahme des VDK OV Übach-Palenberg in die Förderliste caritativer Vereine wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Änderung des Stelleplanes 2008

12.1 Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 405

Beschlussempfehlung:

Im Unterabschnitt 405 sind folgende Veränderungen vorzunehmen:

Eine Sachbearbeiterstelle der Entgeltgruppe 5 TVöD ist nach Entgeltgruppe 6 TVöD auszuweisen.

Zusätzlich werden 2,5 Sachbearbeiterstellen ausgewiesen ebenfalls nach Entgeltgruppe 6 TVöD.

2 Fallmanagerstellen (Entgeltgruppe 10 TVöD) fallen weg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12.2 Änderung des Stellenplanes 2008 - UA 571

Beschlussempfehlung:

Im Unterabschnitt 571 sind folgende Veränderungen vorzunehmen:

Eine Sachbearbeiterstelle der Entgeltgruppe 3 TVöD ist auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 14.02.2008 betr. Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz (vertragt aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.04.2008)

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass die Verwaltung gemäß der eingelegten Beschwerde tätig geworden sei und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet habe. In diesem Zusammenhang sei der Veranstalter ordnungsgemäß angehört und mit den Vorwürfen konfrontiert worden. Die Beschwerdeführer hatten eine Überschreitung der Zeitgrenzen an einem Tag bis 3.00 Uhr und an einem anderen Tag bis 3.30 Uhr vorgetragen. Der Veranstalter habe zu den Vorwürfen Stellung genommen und erklärt, dass es eine Überschreitung der festgelegten Zeiten gegeben habe. Daraufhin habe die Ordnungsbehörde ein Bußgeld verhängt und dem Veranstalter den Bescheid entsprechend übermittelt. Die Sache habe aber noch keine Rechtskraft entfalten können, da hierzu der Ablauf der Widerspruchsfrist abzuwarten sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum, die Beschwerde der Anwohner noch ein-

mal verlesen zu lassen.

Schriftführer **Schröder** verlas folgendes Schreiben:

„An die
Stadt Übach-Palenberg
Bürgermeister
Rathausplatz 4

Übach-Palenberg, den 14. Februar 2008

52531 Übach-Palenberg

Beschwerde von Bürgerinnen und Bürgern, nach der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg „§ 6 Anregung und Beschwerden“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege möchten wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, uns bei Ihnen über die Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz beschweren.

An den Tagen: Donnerstag, den 31.01., Freitag, den 01.02., Samstag, den 02.02. und Montag, den 04.02. wurden die Bürgerinnen und Bürger des Rathausplatzes durch Lärmbelästigung und Verschmutzungen (Fäkalien) einer Situation ausgesetzt, die unerträglich war.

Außerdem stellte die zu geringe Anzahl von Parkplätzen rund um den Rathausplatz ein großes Problem für die Anwohner dar.

Zur Lärmbelästigung:

Der Betreiber hatte die Zeit am Donnerstag, den 31.01. bis 3.30 Uhr und am Samstag, den 03.02. bis 3.00 Uhr nachweislich beschallt.

Die Musikanlage erzeugte zudem in den Wohnungen eine unerträgliche Vibration.

Nach Beendigung diverser Veranstaltungen kam es zu weiteren Lärmbelästigungen von an- und abfahrenden Autos. Aber auch die Besucher des Zeltes, die sich durch lautes Gegröle verabschiedeten.

Uns ist bekannt, dass in einer öffentlichen Sitzung des Rates, am 13.11.2007, über „Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Belästigung während der Nachtzeit“ ein Beschluss gefasst worden ist. Es kann aber nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger der Stadt vor solchen Belästigungen nicht ausreichend geschützt werden.

Zu den Verschmutzungen:

Der Sicherheitsdienst des Betreibers, aber auch der Ordnungsdienst der Verwaltung hat diese Verschmutzung nicht verhindert.

Wir mussten uns in Eigeninitiative vor solchen rücksichtslosen Personen schützen, indem wir unbefugte Personen von den Grundstücken verwiesen haben.

Wir möchten Sie an dieser Stelle davon in Kenntnis setzen, dass auch Bürgerinnen und Bürger umliegender Straßen diese Beschwerde unterstützen.

Uns stellt sich nun die Frage: Was ist, wenn man sich an die „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg nicht hält?

Wir fänden es beschämend für Rat und Verwaltung, wenn jeder im Stadtgebiet machen kann was er will. Diese offensichtlichen Verstöße müssen geahndet werden!

Parkplatzsituation:

Als Anwohner beschwerten wir uns über das rücksichtslose Parken der Besucher des Zelt. Da die Verwaltung dem Betreiber erlaubte, das Zelt schon einige Tage vorher aufzubauen, kam es zur Beeinträchtigung der Parksituation. „Wenn man Glück hatte, fand man in einer Nebenstraße einen Parkplatz.

Fettdonnerstag, 31.01.2008:

Es war zu beobachten, dass mehrere Jugendliche am Rathausplatz stark alkoholisiert waren. Anliegende Geschäftsleute hatten Angst, dass die Schaufenster zu Bruch gehen könnten. Auch hier waren die Anwohner einer Situation ausgesetzt, die so nicht in Ordnung ist.

Zur Anregung möchten wir folgenden Vorschlag machen:

Die Verwaltung sollte prüfen, wo im Stadtgebiet Übach-Palenberg die Möglichkeit besteht, nachfolgende Veranstaltungen anderswo durchzuführen, ohne Anwohner in Mitleidenschaft zu ziehen.

Uns ist bewusst, dass es in der Stadtmitte lauter zugeht und mehr los ist. Aber alles hat seine Grenzen und die wurden unserer Meinung nach diesmal überschritten. Hätte es schon vorher Verstöße in dem Maße gegeben, würden einige Familien sicher nicht seit Jahrzehnten am Rathausplatz wohnen.

Mit freundlichen Grüßen

(Name der Antragsteller)“

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte nach, ob nicht auch zu den anderen Punkten der Beschwerde durch den Haupt- und Finanzausschuss Stellung genommen werden müsse.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass der maßgebliche Inhalt der Beschwerde auf der Lärmbelästigung beruhe, wogegen sich das durchgeführte Ordnungswidrigkeitsverfahren gerichtet habe. Die vorgelegten Argumente bezüglich der Verschmutzungen und der Parkplatzsituation bedingen letztendlich eine Überlegung zum Standort einer solchen Festivität für die Zukunft. Er sehe jedoch im vorliegenden Fall keinen aktuellen Handlungsbedarf, da von Seiten des Veranstalters, der nunmehr wieder Inhaber der Rockfabrik sei, die über Jahrzehnte bewährte Lösung der Karnevalsveranstaltung an dieser Diskothek wieder durchgeführt werden könne. Eine Durchführung der Karnevalsveranstaltungen auf dem Rathausplatz stehe z.Zt. ohnehin nicht in der Diskussion.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es nicht Aufgabe der Stadtverwal-

tung sei, einen entsprechenden Standort für eine solche Veranstaltung zu suchen. Dies müsse ein möglicher Veranstalter selber tun. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen werde man sicherlich dann die entsprechenden Entscheidungen treffen. Man werde mit Sicherheit eine Karnevalsveranstaltung unter dem Eindruck der jetzt gewonnenen Erfahrungen so nicht mehr genehmigen, wobei man durchaus anerkennen müsse, dass zu anderen Gelegenheiten, wie beispielsweise zum Oktoberfest, es derartige Beschwerden nicht gegeben habe.

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zum durchgeführten Ordnungswidrigkeitsverfahren in Bezug auf die Beschwerde von Bürgerinnen und Bürgern nach § 24 GO NW vom 14. Februar 2008 zur Kenntnis.

14 Erweiterungen zur Tagesordnung

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dass die Vorberatung zum Thema Wohnmobilstellplatz in öffentlicher Sitzung durchgeführt werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er damit selbstverständlich kein Problem habe, aber davon ausgegangen sei, dass aufgrund der beschlossenen Erweiterung mit Tagesordnungspunkt 21.2 auch nichtöffentlich beraten werden sollte.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss erklärten sich einstimmig damit einverstanden, dass der Tagesordnungspunkt 21.2 „Vorberatung zum Thema Wohnmobilstellplatz“ als Punkt 14.1 vorgezogen wird.

14.1 Vorberatung zum Thema Wohnmobilstellplatz

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er der Sitzungsvorlage habe entnehmen können, dass von Seiten der Verwaltung der Standort am Dohmenpark favorisiert werde. Hierbei falle auf, dass der ausgewiesene Kostenanteil sehr hoch sei. Eine Aufschlüsselung der Kosten sei deshalb für eine Entscheidung unbedingt notwendig. Allein für einen Wohnmobilstellplatz seien die ausgewiesenen Kosten eindeutig zu hoch.

Er erinnerte daran, dass er seinerzeit Vorschläge für den Standort eines Wohnmobilstellplatzes an die Verwaltung gegeben habe. Neben dem Standort in der Nähe des LIDLs habe er auch einen Standort Am Bucksberg vorgeschlagen. Während sein Vorschlag für den Standort in der Nähe des LIDLs in der Übersicht der Verwaltung aufgegriffen worden sei, sei der Standort Am Bucksberg nur insofern berücksichtigt worden, dass dieser nördlich des Kinderspielplatzes dargestellt sei. Er bitte die Verwaltung den von ihm vorgeschlagenen Standort südlich des Spielplatzes in diese Planung mit einzubinden und in der Übersicht entsprechend darzustellen. Dies sei notwendig, um in der kommenden Woche in der Ratssitzung eine Entscheidung entsprechend treffen zu können.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass wenn dies gewünscht sei, selbstverständlich die Verwaltung auch noch diesen Punkt in die Aufstellung mit aufnehmen werde. Beigeordneter Schlüter werde dabei allerdings auch begründen, warum dieser Standort gerade nicht mit in die Auswahl genommen wurde.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass für den Bereich Am Bucksberg die Gemengelage von Abenteuerspielplatz und Wohnmobilstellplatz als nicht sinnvoll erachtet werde. Schon jetzt gebe es von Anwohnern Bedenken bezüglich ruhestörender Entwicklungen. Die Verwaltung rate dringend davon ab hier den Wohnmobilstellplatz zu errichten.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** ergänzte, dass der in der Sitzungsvorlage ausgewiesene nördliche Standort aus seiner Sicht nicht günstig sei, da an dieser Stelle auch der Abenteuerspielplatz bzw. die Verlagerung des derzeitigen Spielplatzes, der abgenutzt sei, angelegt werden solle. Dieser sei für den Abenteuerspielplatz hinsichtlich einer Mitbenutzung der Toilettenanlagen des gegenüberliegenden Sportheims sinnvoll. Ein Anwohnerggespräch solle geführt werden, wenn die Entscheidung grundsätzlich getroffen sei.

Auf die Frage des Stadtverordneten **Weißborn**, warum die Alternative Am Bucksberg überhaupt aufgelistet worden sei, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass Standorte Am Bucksberg für einen Wohnmobilstellplatz grundsätzlich von der Verwaltung für nicht geeignet angesehen werden. Dass in der abgedruckten Matrix überhaupt noch ein Wohnmobilstellplatz Am Bucksberg enthalten sei, sei ein Versehen. Es sei offensichtlich in der Eile vor dem Abdrucken der Verwaltungsvorlagen übersehen worden, diese Alternative ganz rauszunehmen.

15 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Kämmerer **Schmitz** berichtete darüber, dass der Kreis Heinsberg einen Nachtragshaushalt vorgelegt habe, der bezüglich der Kreisumlagen folgendes ausführe:

„Der bisherige festgesetzte Hebesatz der Kreisumlage wird nicht verändert. Der bisherige festgesetzte Hebesatz der Mehrbelastung zur Kreisumlage zur Finanzierung des Jugendamtes des Kreises Heinsberg von 14,94 v. H. wird um 0,60 v. H. erhöht und auf nunmehr 15,54 v. H. der Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die kein eigenes Jugendamt unterhalten, festgesetzt.“

Diese Erhöhung bedinge letztendlich für die Stadt Übach-Palenberg eine Mehrbelastung von 158.467 Euro.

Kämmerer **Schmitz** führte weiterhin aus, dass der Kreis Heinsberg überlege, die Abfuhr für Altpapier und Bio-Abfälle zentral durch den Kreis Heinsberg durchführen zu lassen, um entsprechende Kostenvorteile zu erhalten.

Zusätzlich sei es nicht mehr erforderlich, den Restmüll, der im Kreis Heinsberg anfallt in der nächstliegenden MVA verbrennen zu lassen. Der Zuweisungszwang zur MVA Weisweiler laufe aus. Ab dem Jahre 2011 könne die Müllverbrennungsanlage mit den geringsten Entsorgungsgebühren gewählt werden. Er rechne deshalb auch mit einer Senkung der entsprechenden Kosten.

Bezüglich der Abfallgebühren für Übach-Palenberg bitte er die Fraktionen bis Ende August entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, die dann in die Gebührenbedarfsberechnung eingebaut werden könnten. Bereits bei der Beratung und Beschlussfassung zur Abfallentsorgung im letzten Jahr haben alle Fraktionen frühzeitigen Beratungsbedarf hierzu angemeldet. Gerne sei man hierzu bereit und wolle unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorschläge mit den Berechnungen beginnen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens** erklärte Kämmerer **Schmitz**, dass er mit dem Entsorgungsunternehmen über eine erhöhte Kostenerstattung für Altpapier sprechen werde.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, dass allerdings auch der Grünschnitt, insbesondere für die Biogasverwertung, erheblich lukrativer geworden sei. Sie bitte, dass auch in diesem Zusammenhang der Entsorger mit dem Ziel einer möglichen Kostensenkung angesprochen werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies aufgrund des interfraktionellen Gesprächs zum Thema „Müll“ mit dem Kämmerer am 20.05.2008 darauf hin, dass Wünsche für die Gebührenbedarfsberechnungen bis spätestens Ende August an die Verwaltung herangetragen werden sollten, damit dann auch auf deren Grundlage Gebührenberechnungs-Alternativen erfolgen könnten. Ansonsten würde die Verwaltung davon ausgehen, dass gegenüber dem bisherigen System keinerlei Änderungen gewünscht seien.

Anfrage

Anfrage der UWG-Fraktion

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass am Gebäude des Geschäftes „Fressnapf“ in Boscheln wieder verstärkt Graffiti-Schmierereien aufgetreten seien. Auch umliegende Gebäude seien stark hiervon in Mitleidenschaft gezogen worden. Nachfragen bei der Polizei hätten ergeben, dass es durchaus schwierig sei, dem Phänomen Herr zu werden. Zusätzliche Polizeipräsenz sei darüber hinaus von wenig Erfolg gekrönt, da die Sprayer dann kaum in Erscheinung treten. Sie rege an, dass auch durch Ordnungshüter in zivil die Täter überführt werden könnten.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass man mit diesem Problem schon seit längerer Zeit konfrontiert sei. Auch viele Nachbarstädte seien verstärkt den Aktivitäten der Sprayerszene ausgesetzt. Im letzten Jugend- und Sozialausschuss sei auch schon über die Aktivitäten des Streetworkers in dieser Angelegenheit berichtet worden. Ein Förderantrag für die Initiative Streetworker sei ebenfalls gestellt worden und man beabsichtige das Thema Graffiti auch im Bauwagenprojekt einzubinden. Aber auch im Ordnungsrecht sei dieses Problem erkannt und werde nicht aus den Augen verloren. Dennoch bestehe die Problematik weiter, die Täter dingfest zu machen, da sie weder unter den Augen uniformierter Polizei oder Ordnungsamtsbediensteter noch unter sonstigen Zeugen tätig werden. Dennoch erinnerte er daran, dass die Polizei schon in einigen Fällen erfolgreich war und Täter dingfest machen konnte.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.47 Uhr die Sitzung und setzte eine Pause für 15 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 21.14 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer